

Axel Vogel

Rede zur 1. Lesung des Landeshaushaltes 2011, 6. Oktober 2010

- Es gilt das gesprochene Wort ! -

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

wie erhofft hat unser Finanzminister heute ein Feuerwerk an Ideen abgebrannt, Ideen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes und zum Abbau der Staatsverschuldung bei gleichzeitiger finanzieller Absicherung der Schwerpunktaufgaben Bildung, Klimaschutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.

Sie haben wenig davon gehört? Sie waren auf einer anderen Veranstaltung?

Seien wir nicht ungerecht! Die Haushaltslage des Landes lässt einfache Antworten auf zentrale Fragen staatlicher Haushaltspolitik nicht zu:

Die Gesamtverschuldung des Landes wird Ende 2010 rund 19 Milliarden € betragen; die Pro-Kopf-Verschuldung lag Ende 2009 mit 7.282 € pro Einwohner um 1.000 € deutlich höher als der Bundesdurchschnitt *mit 6.273 €* und vor allem auch höher als die pro-Kopf-Verschuldung in den finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FFL) *mit 7.155 €*, die 30 Jahre länger Zeit hatten ihren Schuldenberg aufzuhäufen. Besonders bedrückend ist der Vergleich mit Sachsen, dass mit 2.850 € pro Kopf-Verschuldung weniger als die Hälfte des Brandenburger Schuldenstandes aufweist. Die Frage sei erlaubt: Wie ist das möglich, was haben die Sachsen anders und vielleicht auch richtiger gemacht? Auf Kosten der Bildungsqualität scheint es in Sachsen jedenfalls nicht gegangen zu sein.

Der aktuelle Verschuldungsstand des Landes ist umso bemerkenswerter, als unsere Einnahmen gegenüber den westdeutschen Ländern seit Jahren durch

Sonderbedarfsergänzungszuweisungen in Milliardenhöhe und zusätzlicher Mittel aus dem Länderfinanzausgleich verzerrt sind. Diese Sondermittel des Bundes laufen bis 2020 sukzessive aus und niemand macht sich mehr darüber Illusionen, dass es hier eine Anschlussfinanzierung geben könnte. Unwahrscheinlich ist es auch, dass der Länderfinanzausgleich in ähnlicher Größenordnung wie bisher erhalten werden kann. Grund ist nicht nur, dass die Bereitschaft der finanzstarken westdeutschen Bundesländer für die arme Verwandtschaft zu zahlen spürbar abgenommen hat. Grund ist auch, dass der Länderfinanzausgleich auch an die Einwohnerzahlen gekoppelt ist. Und so wird auch ohne eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs das Land Brandenburg aufgrund der sinkenden Einwohnerzahlen bis 2020 über 300 Mio € LFA-Mittel pro Jahr einbüßen.

Die Steuergesetzgebung auch für die Steuern und Steueranteile, die dem Land zufließen, liegt mit der Ausnahme der Grunderwerbssteuer in alleiniger Zuständigkeit des Bundes, so dass uns dieser Weg der Einnahmeerzielung weitestgehend versperrt ist.

Der Weg in eine dauerhafte Ausweitung der Staatsverschuldung ist dem Land nicht zuletzt durch die grundgesetzliche Schuldenbremse versperrt. Zur Ausgestaltung der Schuldenbremse in Brandenburg haben die Oppositionsfraktionen einen Gesetzentwurf vorgelegt, der morgen im Plenum gesondert beraten werden wird.

Aber allen Unkenrufen zum Trotz: Bei einem Einnahmenvolumen (ohne Kreditaufnahme) von 9,5 Mrd € also 9.500 Millionen Euro leiden wir in Brandenburg nicht unter leeren Kassen, sondern wir haben die Aufgabe knappe Haushaltsmitteln möglichst sinnvoll einzusetzen.

Unverändert gilt: Das Land Brandenburg hat verglichen mit dem Rest von Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Wir müssen mit unseren Ausgaben runter; 10 Milliarden € Ausgaben sind gemessen an den wegfallenden EU- und Bundeszuschüssen rund 2 Milliarden € zu viel. Mittelfristig werden wir uns dem Niveau des Landes Schleswig-Holsteins mit rund 8 Milliarden € Einnahmen und Ausgaben annähern müssen.

Aber was so selbstverständlich und einfach klingt, ist in Wirklichkeit unendlich schwer. Der Landeshaushalt hat sich in seiner jetzigen Struktur und seiner jetzigen Ausgabenhöhe über zwei Jahrzehnte entwickelt. Eine abrupte Vollbremsung ist nicht möglich, das wissen wir auch, wohl aber ein entschiedenes Umsteuern.

Dabei haben wir in Brandenburg allerdings mit besonderen Erschwernissen zu kämpfen. Wie in der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes zurecht dargestellt, sind wir dabei in eine „**Demographiefalle**“ zu laufen:

Einerseits: Mit jedem Einwohner und jeder Einwohnerin verliert Brandenburg Steuereinnahmen und Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich von rund 2.600 € pro Person und Jahr, bei einem Verlust von gegenwärtig 12.000 EW pro Jahr, sind dies 31,2 Mio in 2011, für 2020 kann man diese Zahl allerdings nicht einfach mit 10 multiplizieren (also: -312 Mio €) , sondern aufgrund des zunehmenden Bevölkerungsrückgangs werden diese Einnahmeverluste progressiv ansteigen.

Andererseits sinken die Ausgaben nicht parallel zu den Bevölkerungsverlusten. Dies ergibt sich durch das Auseinanderklaffen zwischen Bevölkerungsgewinnen im berlinnahen Raum und Bevölkerungsverlusten in der Peripherie. Die Einwohnerzuwächse rund um Berlin erfordern sowohl zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur wie auch vermehrte Ausgaben für Bildung und Verwaltung. Die landesweit stattfindende Alterung der Gesellschaft erfordert neue Investitionen in die Daseinsvorsorge im gesamten Land. Die Einwohnerverluste in den berlinfernen Regionen führen zu steigenden Ausgaben pro Einwohner. Wenn immer weniger Menschen den öffentlichen Nahverkehr, die Schulen oder das kulturelle Angebot nützen, so führt dies nicht unmittelbar zu Minderausgaben, da eine Mindestversorgung erhalten bleiben muss. Tragfähige Infrastrukturen und eine funktionierende Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sind aber nicht nur Haltefaktoren für den ländlichen Raum, sie sind zugleich die Voraussetzung dafür, dass Menschen zurück oder neu nach Brandenburg kommen und so den Bevölkerungsverlust begrenzen.

Die zentralen Fragen einer nachhaltigen Haushaltspolitik lauten daher:

Wie gewährleisten wir trotz knapper Kassen und Bevölkerungsverlusten eine dauerhafte Aufgabenerfüllung der Kommunen und des Landes auf der gesamten Fläche Brandenburgs. Wie verringern wir die Nettokreditaufnahme und perspektivisch die Schulden des Landes ohne Vermögen zu verschleudern oder uns auf riskante Finanzierungsmodelle einzulassen. Wie bringen wir Einnahmen und Ausgaben auf einem niedrigeren Niveau als heute ins Lot.

Ein Patentrezept kann es hierfür nicht geben, wohl aber eine Vielzahl kleiner Schritte und Maßnahmen, die uns diesen Zielen näher bringen. Und hier sollten sich alle Parteien gleichermaßen mit Vorschlägen in den Diskussionsprozess einbringen.

Fangen wir bei den echten **Positiva** des vorliegenden Haushaltsentwurfes an:

Der vorliegende Haushaltsentwurf geht von der **Steuerschätzung aus dem Mai 2010** aus und verzichtet darauf die durch die Konjunkturbelebung zu erwartenden Steuermehreinnahmen auf der Einnahmenseite vorab einzustellen. Dadurch wird es voraussichtlich möglich werden, die Nettokreditaufnahme 2011 unter den veranschlagten Wert von 500 Mio € zu drücken. Bravo!

Als Wermutstropfen bleibt allerdings, dass Sie in den Haushaltsentwurf bereits Mehreinnahmen aus der Grunderwerbssteuer in Höhe von rund 38 Mio € eingeplant haben, obwohl das Gesetz noch gar nicht verabschiedet wurde; wenn Sie diesen Weg wählen wollen, hätten Sie korrekterweise dieses Änderungsgesetz in das Haushaltsgesetz integrieren müssen. So werden wir heute Nachmittag scheinbar völlig losgelöst über diese Steuererhöhung diskutieren müssen, und dürfen uns dann vorhalten lassen, dass bei einer Ablehnung der Steuererhöhung der Haushalt in Schieflage gerät; so etwas hätten Sie besser unterlassen.

Dem Finanzminister ist es gelungen die **Globale Minderausgabe** aus der MFP 2010 **2009 in Höhe von 333,6 Mio €** aufzulösen und auf die einzelnen Ressorts zu verteilen. Gleichzeitig ist es ihm gelungen den Konsolidierungsbedarf für die Folgejahre auf rund 400 Mio € einzugrenzen.

Zugleich werden die auch von uns mitgetragenen Mehrausgaben für die Kindertagesstätten in Höhe von rund 45 Mio € gegenüber 2010 abgedeckt. Man fragt sich nur, warum dies nicht bereits im Haushalt 2010 in ersten Ansätzen möglich gewesen sein soll. Hier wurden unsere maßvollen Einsparvorschläge (**ich erinnere: HGR. 4: -61,5 Mio €, HGR 5: -38,1 Mio €, HGr.6: -135 Mio €**) vom linken Chefhaushälter Herrn Görke ja noch als völlig unmöglich bezeichnet.

Aber dennoch stecken in diesem Haushalt und dieser mittelfristigen Finanzplanung auch massive **Risiken**:

- Der Finanzminister profitiert von den historisch niedrigen **Zinssätzen** auf dem Anleihemarkt (Umlaufrendite 2%) und kann so trotz steigender Schulden um 12 Mio € niedrigere Zinsausgaben veranschlagen. Vergessen wir nicht: 1 Prozentpunkt Zinssteigerung bedeutet **180-200 Mio €** Mehrausgaben pro Jahr.
- Die **Personalausgaben** inkl. Versorgungsausgaben werden mit 12 Mio €, d.h. bescheidenen 0,5 % Wachstum pro Jahr kalkuliert. Dies setzt einen stabilen Euro und eine damit verbunden dauerhaft niedrige Inflationsrate voraus.
- Das Land ist Bürgschaften für den Flughafen **Schönefeld** in Höhe von **888 Mio €** eingegangen. Dies erfolgte im Vertrauen auf einen wirtschaftlich arbeitenden Flughafen mit steigenden Fluggastzahlen. Die in Aussicht gestellte Zahl der Tagesrandflüge und möglichen Nachtflüge haben die sich nun abzeichnende Lärmbelastung der Bevölkerung ignoriert. Die vom Bund zurecht beabsichtigte

Einführung von Flugverkehrsabgaben, verbunden mit steigenden Kerosinkosten, wird die prognostizierten Fluggastzahlen möglicherweise Makulatur werden lassen. Gut für die Umwelt und die Anwohnerinnen und Anwohner. Allerdings schlecht für das Land, das möglicherweise schon bald für die Bürgschaften gerade stehen muss.

Kommen wir damit zu den **Negativpunkten** dieses Haushalts.

Die Konsolidierung des Landeshaushalts findet auch **auf Kosten der Kommunen** statt. Die Anpassung der Schlüsselzuweisungen an die tatsächlichen Steuereinnahmen der Vorjahre reduziert die Zuweisungen an die Gemeinden und kreisfreien Städte um 45,8 Mio €, an die Kreise um 11 Mio €. Die investiven Schlüsselzuweisungen fallen um 20 Mio €. Berücksichtigt man noch den in besseren Zeiten eingeführten Vorwegabzug in Höhe von 50 Mio € und die Quotenänderung des Jahres 2005 (Minderung um 38 Mio €), so tragen die Kommunen mit über 150 Mio € zur Finanzierung des Landeshaushalts bei. Die Rechtfertigung des Finanzministers dafür lautet zugespitzt: In der Gesamtschau haben wir reiche Kommunen mit dicken Geldpolstern, aber ein armes Land. Aber Gemeinde ist nicht gleich Gemeinde: Der Finanzminister ignoriert, dass über die Hälfte der Brandenburger Kommunen notleidend sind und Maßnahmen der Haushaltssicherung unterliegen.

Der vorgesehene Konsolidierungsbeitrag der Kommunen wie auch die dort in den nächsten Jahren sinkenden Einnahmen weisen aber auf ein grundsätzliches Problem hin:

Bis heute gibt es keinerlei fundierte Analyse darüber, welche Aufgaben effizienter durch das Land oder durch die Kommunen wahrgenommen werden können. Der bisherige Weg einer **Kommunalisierung staatlicher Aufgaben** ist nicht immer der richtige Weg. Aufgaben können nur dann sinnvoll kommunalisiert werden, wenn sie sich aufgrund der örtliche Nähe und des bereits in den Kommunen vorhandenen Personals dort effizienter erfüllen lassen. Aufgaben, die nur in geringem Umfang in einzelnen Kommunen anfallen und besonderes Spezialwissen erfordern, sind in der Regel zentral von Landesbehörden effizienter zu erfüllen. In diesem Sinne müssen nicht nur die Landesaufgaben sondern muss auch die Erfüllung der

kommunalen Aufgaben auf den Prüfstand.

Aber halten wir fest: Die Kommunen sollen zugunsten des Landes geschröpft werden. Da mutet es etwas seltsam an, wenn nun der Infrastrukturminister im Lande herumläuft und die Gemeinden zur Übernahme des Landesanteils für EU-Förderprogramme animieren will.

Betrachten wir diese Förderprogramme etwas näher:

Der „Aufbau Ost“, die Entwicklung in den Städten wie im ländlichen Raum wird im Wesentlichen über die Zielvorgaben und Programme des Solidarpaktes II und der EU finanziert. Diese Programme und Zielvorgaben sind z. T. nicht mehr zielgenau oder sogar veraltet. Wesentliche Ansätze zur Stärkung der ostdeutschen Wirtschaftskraft, wie z.B. die Berücksichtigung von Bildungsausgaben bei der Verwendung der Solidarpaktmittel, wurden in den Vorgaben des Bundes sträflich ignoriert. Noch schlimmer ist, dass die Ministerpräsidenten der Länder gute Miene zum bösen Spiel gemacht hatten und im Rahmen der Föderalismusreform die Beteiligung des Bundes an der Bildungsfinanzierung weitestgehend ausgeschlossen haben.

Der frühere Automatismus, jede Programmförderung anzunehmen und gegenzufinanzieren, war politisch anspruchslos und ökonomisch widersinnig, insbesondere dann, wenn man dafür auch noch in die Neuverschuldung gegangen ist. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten versuchten seit 2006, den Solidarpakt II zu modernisieren. Sie sind damit gescheitert. Darum sind die Länder aufgefordert, künftig kritischer auszuwählen, welche der Bundes- und EU-Programme sie weiter führen und auf welche sie in Zukunft verzichten.

Dabei kann ich die Position des Ministers für Infrastruktur und Landwirtschaft, man beachte: Es heißt jetzt „Landwirtschaft“ und nicht mehr „Ländlicher Raum“, zur Verteilung der Kürzungen auf die einzelnen Förderprogramme der 2. Säule weder nachvollziehen noch akzeptieren. Die Förderung des ländlichen Raums soll mit 18,6 Millionen Euro zu den Einsparzielen des Ministeriums beitragen. Das bedeutet, die Koförderung des Landes sinkt von 47,4 Millionen Euro auf 28,8 Millionen Euro. (*Nach Aussagen von Staatssekretär*

Bretschneider sind durch diese Kürzung 10 Millionen Euro GAK Mittel des Bundes unwiderruflich für Brandenburg verloren. Der Verlust der Ko-Fördermittel der EU in diesem Jahr, abhängig vom Schwerpunkt zwischen 75 und 80%, soll Brandenburg in den nächsten Jahren zu Gute kommen. Die Verteilung der Konsolidierung auf die vier Schwerpunkte ist aus dem Einzelplan nicht zu ersehen. Eine valide Aussage zu den exakten Auswirkungen der Konsolidierung auf einzelne Förderprogramme will das Ministerium gegenwärtig nicht preisgeben. Erst in den Haushaltsdebatten im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft im November, ein Monat nach der ersten Lesung im Landtag, versprach Staatssekretär Bretschneider schriftliche Information.) . Äußerungen der Ministeriumsspitze in der Presse und im Fachausschuss legen nahe, dass der Schwerpunkt 3 „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ die Hauptlast der Konsolidierung tragen muss. Dieser Schwerpunkt 3 beinhaltet jedoch die Schlüsselprogramme zur „Förderung der Schaffung einer Erwerbsbasis außerhalb der Landwirtschaft“ und zur „Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung durch Verbesserung der Lebensqualität“ im ländlichen Raums Brandenburgs.

Man erinnere sich: Mit der von uns begrüßten Ausweitung der sogenannten „**Modulation**“ wurde den Ländern von der EU mehr Geld für Agrarumweltprogramme, Dorfentwicklung, Landschaftswasserhaushalt und Ökolandwirtschaft zur Verfügung gestellt. Da dies zu Lasten der allgemeinen Flächenförderung von rund 300 €/ha LN (rund 385 Millionen €, die am Landeshaushalt vorbei laufen) ging, rannte der allmächtige Brandenburger Bauernverband dagegen Sturm und erreichte, dass diese Mittel hierzulande nicht für die von der EU primär vorgesehenen Zwecke verwendet wurden, sondern per Gießkanne als Ausgleichszulage

(in Höhe von Grünland: 2010 und 2011 je Hektar Grünland 60 Euro; 2012 und 2013 je Hektar Grünland 70 Euro; Ackerland 2010 und 2011 je Hektar Ackerland 30 Euro; 2012 und 2013 je Hektar Ackerland 35 Euro; (Zuwendungsvoraussetzungen: Mindestens drei Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche einschließlich mit Ausgleichszulage geförderter Forstfläche der ZuwendungsempfängerInnen müssen in den benachteiligten Gebieten liegen;

es ist ein Mindestviehbesatz von 0,20 Großvieheinheiten (GVE) je Hektar (ha)

Landwirtschaftlicher Nutzfläche (LF) erforderlich.)

für „Benachteiligte Gebiete“ auf die Flächenförderung obendrauf gepackt werden. So erhalten die Landwirte auf dreiviertel der Landesfläche zusätzlich zu den 300 €/ha Flächenprämie noch einmal zwischen 30 und 70 €/ha oben drauf. Ökologischer Effekt und Allgemeinwohleffekt gleich Null. Jetzt, wo der Eigenanteil des Landes nicht mehr darstellbar ist, wird nicht etwa die Gießkanne eingepackt, sondern werden andere Förderprogramme für den ländlichen Raum dezimiert, um es sich nur ja nicht mit dem Großbauernverband zu verscherzen. Bluten sollen jetzt die Kommunen. Ein toller Erfolg agrarindustrieller Lobbyarbeit zu Lasten der Allgemeinheit! Armes Brandenburg.

Dabei würde die konsequente Ausrichtung der Agrarförderung an umweltpolitischen Vorgaben gesamtgesellschaftlich dauerhaft Geld sparen, z.B. Kosten für die Wasseraufbereitung in Trinkwasseranlagen bei einem Verzicht auf Pestizid-Einsatz und reduzierten Düngergaben, wie er heute schon im Ökolandbau üblich ist; Kosten für die Gewässerunterhaltung durch eine Lebensraum angepasste Bewirtschaftung von Moor- und Luchflächen oder den Verzicht auf Ackerbau in Poldern und Auen. Das wäre in der Tat nachhaltige Haushaltspolitik, aber das werden wir wohl unter SPD-Landwirtschaftsministern hierzulande nicht erleben.

Kommen wir zum **Klimawandel**. Inzwischen rückt der Ministerpräsident ja im Zweimonatsrhythmus aus, um sich in Gummistiefeln die Folgen der zunehmenden Vb-Wetterlagen im Land anzuschauen. Dass Brandenburg mit seiner CO₂-Bilanz hier nicht nur Opfer des Klimawandels, sondern auch einer der Haupttäter auf europäischer Ebene ist, will ich jetzt gar nicht überstrapazieren. Sehen wir uns einfach mal an, wie sich die investiven Ausgaben für den Gewässerschutz und die Wasserwirtschaft (10 160 HGr.7) entwickeln, immerhin eine selbst deklarierte Schwerpunktaufgabe des Landes: Nun? Sie ahnen es schon: Die Kofinanzierungsmittel des Landes für Deichbau werden lt. MFP, Tabelle 3, Seite 1 von 20,5 auf 18,4 Mio € gekürzt. Aber wo geht dieses Geld hin: Schauen wir ins Kleingedruckte

bei 10 105, Titel 714 84 : Die 2 Mio wandern in die Titelgruppe 64 im Kapitel 10 020 zur Abdeckung der Kosten für die Altersteilzeit. Herzlichen Glückwunsch zu dieser durchdachten Mittelverlagerung! Wenn alle Deichbauer in den Vorruhestand geschickt werden, braucht man bald keine Deichbaumittel mehr.

Dabei wäre hier ohne große Probleme und politisch völlig korrekt schnell Abhilfe zu schaffen. Die Wassernutzungsabgabe wird zweckgebunden zur Finanzierung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen erhoben. Vattenfall ist durch Landesrecht für seine Sumpfungswässer von der Abgabe befreit. Ändern Sie doch endlich dieses himmelschreiende Unrecht und schon haben Sie die Mittel um das seit Jahren in den Schubladen schmorende Entwicklungskonzept für die Schwarze Elster oder den Masterplan Elbe umzusetzen. Dazu brauchen Sie auch keinen Bund und keine neuen zwischenstaatlichen Vereinbarungen.

Anderer Punkt: **Sächliche Verwaltungsaufgaben**. Bei sinkender Beschäftigtenzahl im Landesdienst kontinuierliches Anwachsen. 2010: Anstieg um **29 Mio €**, 2011: Anstieg um 32 Mio €, in den Folgejahren ist ein Anstieg um weitere 1,6 % pro Jahr veranschlagt. Wie ist das möglich? Nach Ihrem Bekunden sind die steigenden Kosten wesentlich durch das Mieter/Vermieter-Modell bedingt, d.h. der zentralen Verwaltung aller Landesliegenschaften durch den Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen. Ursprünglich sollte dieses Modell einmal die Kosten senken und insbesondere raschere Fortschritte bei Energieeinsparungen bringen, aber man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben. Vielleicht wird's ja noch.

Sehr geehrter Herr Markov,

kommen wir zum großen Thema „Ehrlichkeit und gegenseitiges Vertrauen in der Politik“. Die Haushaltsberatungen 2010 sind ja noch keine sechs Monate her, so dass eigentlich zu hoffen wäre, dass Sie und Ihre Ministerkollegen und -kolleginnen sich an die in den Haushaltsberatungen gegebenen Zusagen erinnern können.

Drei Beispiele:

Einzelplan 6; Frau Ministerin Münch sagte zu, dass sie in der Titelgruppe 70 „Allgemeine Projektförderung Kultur“ immerhin ein Volumen von 16 Mio € zukünftig Erläuterungen über die beabsichtigten Fördermittelempfänger und –summen aufnehmen würde. Ein Blick in den Haushaltsentwurf zeigt: Zusage nicht erfüllt, Versprechen gebrochen.

Einzelplan 7: Durchleitung der Bundesmittel im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, immerhin über 130 Mio €. Die Nichtveranschlagung dieser Mittel war m.E. nicht unwesentlich an den Tohuwabohu um die von Ihnen verkündete und bis heute nicht aufgehobene Haushaltssperre beteiligt. Der Abgeordnete Herr Bischoff führte damals aus: „Auch die Koalitionsfraktionen seien daran interessiert, dass die Zahlen stimmen“. Ein Blick in den Haushalt zeigt: Fehlanzeige, die systematische Verzerrung der Haushaltsansätze geht weiter.

Einzelplan 11: Aufsplittung der Titel im Bereich „Finanzierung von Maßnahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.“ Trotz mehrmaliger Zusage einer verbesserten Transparenz, zuletzt von Staatssekretär Bretschneider in der Ausschusssitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft am 30.9.2010. Nichts passiert.

Ich denke, so sollten Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen mit dem Parlament nicht umgehen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte versuchen diesen Haushaltsentwurf zusammenfassend zu bewerten:

Der Finanzminister hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der bei einer Neuverschuldung von 500 Millionen € Ausgaben von rund 10 Mrd € oder 10.000 Millionen vorsieht, rund 2

Milliarden oder 2.000 Millionen € mehr als der Etat des vergleichbaren Bundeslandes Schleswig-Holstein. Noch sind wir in Brandenburg begünstigt durch Zuschüsse des Bundes und westdeutscher Bundesländer. Diese Zuschüsse werden in den nächsten Jahren bis auf Null zurückgehen. Daher ist dies ein Haushalt des Übergangs in eine Zeit in der die Haushaltsmittel noch knapper werden.

Gemessen an den notwendigen Einsparungen bewegt sich dieser Haushalt an der unteren Grenze der Einsparungsmöglichkeiten. Dies gilt zum einen, weil viele Ausgaben gesetzlich festgelegt und kurzfristig kaum zu reduzieren sind, dies gilt zum anderen, weil die Koalition nicht zu vielen Menschen gleichzeitig auf die Füße treten will. Der Haushalt 2011 begünstigt immer noch die Lobbygruppen, die sich in den letzten Jahren bei der Landesregierung Gehör verschaffen konnten, vom Bauernverband bis Vattenfall. Der Haushalt 2011 lässt immer noch keinerlei Schwerpunktsetzung in den Zukunftsfeldern wie Klimawandel oder Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erkennen. Ganz im Gegensatz zu den vollmundigen Erklärungen des Ministerpräsidenten oder der Fachministerin werden hier die Mittel weggekürzt und eingespart, obwohl es anderes möglich wäre.

Dieser Haushalt ist daher weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Ob er sich noch verbessern lässt, ob die Regierung in der Lage ist, unsere Verbesserungsvorschläge nicht nur anzuhören, sondern auch anzunehmen und umzusetzen, werden wir in den nächsten Wochen sehen. Die Erfahrungen aus den letzten Haushaltsberatungen waren dafür nicht ermutigend. Aber so schnell geben wir nicht auf. Wir nicht!